

Medienmitteilung – 2048 Zeichen plus Box 751 Zeichen - 18.03.2026

AWG – Aktiv in Wirtschaft und Gesellschaft

Finito mit Steuern auf «Papierwerten» für Luzerner KMU

Die steuerliche Benachteiligung der inhabergeführten Luzerner KMU muss verschwinden: Die AWG erwartet von der Regierung eine zügige Umsetzung des Vorstosses von Kantonsrat Guido Roos (Mitte, Wolhusen). Andere Kantone sind Luzern weit voraus.

Das Ärgernis fliegt seit Jahren unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung: die übermässige Besteuerung der Vermögen von Luzerner Familienunternehmen – ausgerechnet da, wo Eigentum, Verantwortung und persönlicher Einsatz deckungsgleich sind.

Als ob es «Grosse» wären...

Diese bodenständigen Luzerner KMU stehen seit Jahren durch eine realitätsfremde steuerliche Bewertung unter Druck. Konkret: Diese Firmen werden nicht an der Börse gehandelt, werden durch die Steuerverwaltung aber so hoch bewertet, als ob sie wie eine grosse Aktiengesellschaft verkauft werden könnten. Das kritisiert der Wolhuser Mitte-Kantonsrat Guido Roos «Es entspricht schlicht nicht der Realität, heute müssen Luzerner Unternehmerinnen und Unternehmer auf Papierwerten Vermögenssteuern bezahlen». Roos verlangte in einem breit abgestützten Postulat eine Änderung, konnte dafür die Mehrheit des Kantonsrats überzeugen, der den Vorstoss sehr deutlich überwiesen hat.

Regierung muss jetzt handeln

«Die klare Zustimmung des Parlaments ist ein wichtiges Signal», erklärt der Dagmerseller Kantonsrat Michael Kurmann, Vorstandsmitglied der AWG und selbst Unternehmer. Die AWG freue sich, dass der Vorstoss von AWG-Mitglied Guido Roos diesen Missstand jetzt behebt. «Der Regierungsrat muss jetzt diesen Auftrag zügig und wirtschaftsfreundlich umsetzen.» Das heisst: Der Regierungsrat soll künftig den massgebenden Kapitalisierungszinssatz für die Unternehmensbewertung selbst festlegen können – mit einer Untergrenze von 10 Prozent.

Andere Kantone sind weiter

Wie andere Kantone soll auch Luzern nicht länger passiv auf nationale Empfehlungen warten, sondern selbst handeln. Kurmann bringt die Erwartung der AWG so auf den Punkt: «Der Regierungsrat muss seine Spielräume nutzen, damit die Steuerbewertung von KMU fairer und realistischer wird.»

Box

Im Interesse von KMU und Arbeitsplätzen

Roos und Kurmann stellen die Korrektur in einen grösseren Zusammenhang. Roos: «Eine faire Steuerbewertung ist nicht nur unternehmerfreundlich, sondern stärkt den ganzen Kanton Luzern.» Damit meint er:

- Die Nachfolgeregelung in vielen Unternehmen wird einfacher. Heute scheitern Firmenübergaben an überhöhten Steuerwerten.
- Arbeitsplätze bleiben in der Region. Faire Regeln fördern lokale Lösungen statt Verkäufe in andere Kantone oder gar ins Ausland.
- KMU haben mehr Mittel, um in Innovationen und Mitarbeitende zu investieren.
- KMU bleiben wettbewerbsfähig. Sie werden nicht länger schlechter gestellt als Genossenschaften oder staatliche Betriebe; eine strukturelle Benachteiligung gegenüber grossen, börsenkotierten Unternehmen fällt weg.
- Mehr Planungssicherheit. Klare Regeln schaffen Vertrauen statt Rechtsunsicherheit

Legenden

«Heute müssen Luzerner Unternehmerinnen und Unternehmer auf Papierwerten Vermögenssteuern bezahlen.»

Kantonsrat Guido Roos

«Der Regierungsrat muss seine Spielräume nutzen, damit die Steuerbewertung von KMU fairer und realistischer wird.»

Michael Kurmann, AWG-Vorstand und Kantonsrat

Weitere Auskünfte:

- Josef Wyss, Präsident AWG, 079 353 16 60, josef.wyss@emmi.com
- Guido Roos, Kantonsrat/AWG-Mitglied, g.roos@regionwest.ch, 079 459 65 49.
- Michael Kurmann, Vorstand AWG/Kantonsrat/Unternehmer, 079 443 93 84, michael.kurmann@tagmar.ch
- Kurt Bischof, Geschäftsleiter AWG, 041 914 70 10, 079 643 30 63, kurt.bischof@bischofmeier.ch